

Betreff Wegfall von 5 KW-Vermerken im Sachgebiet Sozialarbeit in Unterkünften

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Stadtverordnetenversammlung

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlage:
Beschluss Nr. 0521 der Stadtverordnetenversammlung
vom 12. Dezember 2019

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Im Sachgebiet 500530 Sozialarbeit in Unterkünften im Sozialleistungs- und Jobcenter besteht weiterhin Personalbedarf. KW-Vermerke bei 5 Stellen verhindern eine Nachbesetzung bei Ausscheiden von Stelleninhaber*innen.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. im Sachgebiet Sozialarbeit in Unterkünften, insbesondere auf Grund der Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, dringender Personalbedarf besteht.
 - 1.2. drei der fünf unten genannten Stellen bis ins Jahr 2022 hinein besetzt waren und zwei Planstellen besetzt sind.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. die KW-Vermerke der Planstellen 19196, 19197, 19198, 19199 und 19200 zum nächsten Stellenplan aufgehoben werden und die Stellen nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung sowie vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des nächsten Stellenplans erhalten bleiben und die freien Stellen besetzt werden können.
 - 2.2. zusätzliche Kosten nicht entstehen, da diese Kosten bereits im Budget enthalten sind.
 - 2.3. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff ist das Personalkontingent des Stammpersonals Dezernat VI ab 01. Januar 2022 in dem Bereich 50 (ohne Zentrale Dienste, SGB II und XII) nicht zu erhöhen, da es sich um bereits im Basiswert berücksichtigtes Personal handelt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit Beschluss Nr. 0521 der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2019 (Anlage) wurden die fünf oben genannten Stellen mit KW-Vermerken versehen. Eine dringend erforderliche Nachbesetzung ist bei Ausscheiden von Stelleninhaber*innen dementsprechend nicht mehr möglich. Zum Zeitpunkt der Sitzungsvorlage aus dem Jahr 2019 war nicht absehbar, inwieweit sich die Situation durch die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine verändert.

Die Mitarbeitenden im Sachgebiet Sozialarbeit in Unterkünften betreuen mittlerweile rund 70 Unterkünfte im Stadtgebiet. Weitere sind in der Akquise.

Der Wegfall der Stellen ist zu verhindern, um die erforderliche Betreuung von mittlerweile knapp 5.000 geflüchteten Menschen in der Landeshauptstadt Wiesbaden sicherzustellen. Allein im Jahr 2022 sind rund 3.500 geflüchtete Personen aus der Ukraine und mehr als 300 weitere Asylantragsteller*innen hinzugekommen.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

VI

Manjura
Stadtrat